



Zwei Tage nach dem Referendum, am 1. Juli 2014, gingen Hunderttausende in Hongkong für freie Wahlen und Demokratie auf die Straße.

HONGKONG FORDERT FREIE WAHLEN

Die Bürger/innen wehren sich gegen das undemokratische, von China dominierte Wahlsystem. Vor allem die jüngere Generation will mehr Mitbestimmung.

TEXT NEELKE WAGNER FOTO ALCUIN LAI (FLICKR)

Mit Demokratie hat Hongkong wenig Erfahrung. Jahrhundertlang war die Insel-Metropole Teil des chinesischen Kaiserreiches. 1841 wurde sie von Großbritannien besetzt und blieb bis 1997 dessen Kronkolonie. Seither ist Hongkong als Sonderverwaltungszone Teil der Volksrepublik China. Die Menschen genießen zwar mehr Freiheiten als ihre Landsleute auf dem Festland, aber freie und gleiche Wahlen gehören nicht dazu. Bis jetzt nicht. Denn gegen das undemokratische Wahlgesetz formiert sich Widerstand.

Massenproteste, Volksabstimmung

Am 1. Juli 2014 erlebte Hongkong eine der größten Demonstrationen seiner Geschichte. Am Jahrestag der Übergabe an China, traditionell der Tag der Demokratie-Märsche in der Millionenstadt, waren laut der Organisator/innen mehr als 500.000 Menschen auf der Straße, um de-

demokratische Wahlen zu fordern. Wesentlicher Motor der Demokratiebewegung ist die Gruppe „Occupy Central with Love and Peace“, die sich einem gewaltfreien, aber entschiedenen Kampf für einen demokratischen Wandel in Hongkong verschrieben hat. Sie gründete sich um den Rechtsprofessor Benny Tai. Er schlug in einem Zeitungsartikel Anfang 2013 zivilen Ungehorsam für den Fall vor, dass Peking kein allgemeines, freies und gleiches Wahlrecht in der Sonderverwaltungszone zulasse. „Occupy Central“ bezieht sich auf den Stadtteil „Central“, Sitz der meisten wichtigen Unternehmen und Finanzdienstleister der Inselstadt. Die Aktivist/innen wollen den Stadtteil blockieren, wenn China ihren Forderungen nicht nachkommt. Zwar hat China bereits zugestanden, dass der nächste Regierungschef 2017 direkt von den Hongkonger/innen gewählt wird – allerdings nur aus einer

vom Nominierungsrat getroffenen Auswahl von Kandidierenden. Dieser Rat folgt treu den Vorgaben der chinesischen Zentralregierung, weswegen unabhängige oder chinakritische Personen wohl kaum als Kandidierende in Frage kommen.

Um zu zeigen, dass die Hongkonger Bevölkerung komplett freie Wahlen will, startete die Demokratiebewegung Ende Juni ein inoffizielles Referendum. Knapp 800.000 Menschen beteiligten sich daran – immerhin rund ein Fünftel der Wahlberechtigten. Mehr als 90 Prozent von ihnen sprachen sich für mehr Demokratie aus, knapp neun Prozent enthielten sich. Zur Abstimmung standen drei Optionen für ein demokratisches Wahlrecht ab 2017. Sie wurden zuvor in einer kleineren öffentlichen Abstimmung aus 15 eingereichten Vorschlägen ausgewählt.

Der Vorschlag des Bündnisses „Allianz für echte Demokratie“, der im Referendum die meisten Stimmen erhielt, sieht drei Möglichkeiten vor, als Kandidat/in für die Wahlen zugelassen zu werden: Entweder wird man vom Nominierungsrat bestimmt, oder man wird von einer im Legislativrat (dem Hongkonger Parlament) vertretenen Partei vorgeschlagen oder man kann Unterstützungsunterschriften von einem Prozent der Wählerschaft vorweisen.

Im zweiten Teil des Referendums sollten die Bürger/innen eine Empfehlung aussprechen, wie sich der Legislativrat verhalten sollte, falls China freie Wahlen blockiert. Hier gab es die Möglichkeiten „Veto“, „kein Veto“ und „Enthaltung“. 88 Prozent der Abstimmenden sprachen sich für ein Veto aus. Dass der Legislativrat dieser Empfehlung folgt, ist unwahrscheinlich. Seine Mitglieder werden nur teilweise vom Volk gewählt, die meisten von ihnen werden von Wahlkomitees oder direkt durch die Volksrepublik China ernannt. Deshalb hat die Demokratische Allianz, die das Referendum unterstützte, nur 40 Prozent der Sitze im Legislativrat inne, obwohl sie bei den letzten Wahlen eine Zweidrittelmehrheit holte.

Hongkongs Regierung spielt auf Zeit

Der amtierende Regierungschef Leung Chun-ying hält die im Referendum abgestimmten Vorschläge für illegal und folgt damit der Ansicht der chinesischen Zentralregierung. Auch mehrere internationale Unternehmen, darunter die vier weltweit bestimmenden Unternehmensberatungen, hatten vor „negativen Effekten auf die Wirtschaft“ gewarnt, sollte sich die Demokratiebewegung durchsetzen. Leung kündigte mehrfach an, hart gegen „Gesetzesbrecher“ vorzugehen, falls Occupy Central tatsächlich Besetzungen startet. Hunderte von Menschen wurden bereits bei der Demonstration am 1. Juli verhaftet. Occupy Central will zunächst abwarten, bis die Regierung ihre Vorschläge für die Wahlen 2017 veröffentlicht hat. So lange will das Bündnis weiter in der Bevölkerung für seine Forderungen werben – und dafür, aktiv zu werden, wenn China den Hongkonger/innen ein demokratisches Wahlrecht verweigert. /

DAS REFERENDUM IN KÜRZE

Das Meinungsforschungsinstitut der Universität Hongkong (Public Opinion Program, POP) und das Zentrum für Sozialpolitik der Technischen Universität Hongkong haben das Referendum im Auftrag von „Occupy Central“ organisiert. Abstimmen konnten alle Einwohner/innen Hongkongs über 18 Jahre, in Wahllokalen oder online, vom 22. bis zum 29. Juni. Zur Teilnahme war die persönliche Identifikationsnummer erforderlich. So konnten Doppelabstimmungen verhindert beziehungsweise im Nachhinein herausgefiltert werden.

Mehr Informationen (auf Englisch):

<http://hkupop.hku.hk/english/release/release1164.html>

Neelke Wagner

Politikwissenschaftlerin, Redakteurin des **mdmagazins**.